



**Ahrensburg
gegen
Gütertrasse**



Stadt Ahrensburg

Stadtverordnetenversammlung am 21.2.2022

**Betr.: Bitte um Änderung der Tagesordnung zur Ergänzung eines
Dringlichkeitsantrages**

Sehr geehrte Damen und Herren Stadtverordnete,

sehr geehrter Herr Bürgervorsteher,

stellvertretend für die IG Tunneltal, die Bürgerinitiative „Ahrensburg gegen Gütertrasse“ und die Bürgervereine in Ahrensburgs Süden möchte ich Ihnen die Frage stellen, ob seitens der Stadtverordneten heute der Antrag auf Änderung der Tagesordnung gestellt wird, um diese durch einen Dringlichkeitsantrag zu ergänzen.

Inhalt des Dringlichkeitsantrags sollte sein:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die schnellst mögliche Ausrichtung einer Informationsveranstaltung „Dialog Gütertrasse“. Eingeladen werden sollen Entscheidungsträger aus Landes- und Bundespolitik, Vertreter der Deutschen Bahn, des Naturschutzes, der Archäologie und der Bürgerinitiativen. In kurzen Impulsvorträgen sollen alle Interessenvertreter zu Wort kommen.

Bürgerinnen und Bürger dürfen Fragen stellen. Anschließend soll gemeinsam über das Bauvorhaben und mögliche Alternativen diskutiert werden.

Veranstalter wäre die Stadt Ahrensburg und/oder die Parteien. Die IG Tunneltal und die Initiative „Ahrensburg gegen Gütertrasse“ bieten die organisatorische Leitung an.

Begründung der Dringlichkeit:

Im Rahmen der sogenannten Hinterland-Anbindung an die Fehmarnbelt-Querung soll die Bahnstrecke Hamburg-Lübeck für den transeuropäischen Schienengüterverkehr genutzt werden. Um Platz für den Güterverkehr zu schaffen, sollen zwei zusätzliche Gleise von Hamburg bis Ahrensburg allein für den Nahverkehr eingerichtet werden.

Die Einrichtung der Gütertrasse mit bis zu 120 Zügen täglich bedeutet eine erhebliche Beeinträchtigung für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt und das angrenzende Naturschutzgebiet „Ahrensburger Tunneltal“.

Das Planfeststellungsverfahren mit der Offenlegung der genauen Pläne soll voraussichtlich im Sommer 2022 erfolgen.

Wir finden es wichtig, dass die Zeit vorher genutzt wird, damit die Stadt und Ihre Bürgerinnen und Bürger rechtzeitig über **alle** negativen Auswirkungen des Vorhabens informiert werden und ggf. die Landes- und Bundespolitik von einer alternativen Trassenführung überzeugt wird.

Sich am Ende allein auf den Klageweg zu verlassen, ist unserer Meinung nach keine zielführende Strategie.

Hochachtungsvoll

Svenja Furken